

BUND NRW

Jahresbericht 2018



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY



© Dirk Jansen

Inhalt

Vorwort	3
Retten statt roden	4
Grundrecht statt Bergrecht	6
Schicht im Schacht	8
Vorrang für Klimaschutz	9
Umweltfreundlich mobil	10
Umstrittene Giftgas-Röhre	12
Aktiv für die Agrarwende	13
Obstwiesenschutz	16
Vielfalt bewahren	17
BUND-Zentren in NRW	23
Gewässer schützen	24
Anwalt der Natur	27
Mitmachverband BUND	28
Unsere Finanzen	30
Es geht um unsere Zukunft...	32
Danksagung	34
Impressum	35

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

Ich freue mich, Ihnen hiermit unseren bun(d)ten Rückblick auf das Jahr 2018 präsentieren zu dürfen. Er spiegelt in beeindruckender Weise wider, wie vielseitig und erfolgreich der BUND auf Landesebene, mit seinen Arbeitskreisen, Orts-, Kreis- und Regionalgruppen unterwegs ist. Ob Energiewende, Klimaschutz, tiergerechte Landwirtschaft, der Schutz unserer biologischen Vielfalt oder die Umweltbildung – der BUND ist Motor, wenn es darum geht, unser Land Stück um Stück lebenswerter zu gestalten.

Die ersten Oktobertage waren nicht nur für uns als BUND, sondern für die gesamte Klima- und Umweltschutzbewegung ein echter Meilenstein. Mit seinem erfolgreichen Eilantrag war es der BUND NRW, der den Hambacher Wald vorerst gerettet und damit ein unübersehbares Zeichen für den Kohleausstieg gesetzt hat. Ein Erfolg, der nicht nur die ganze Region bewegte, sondern national und international Wellen schlug. So konnte die Demonstration am 6. Oktober mit über 50.000 Teilnehmer*innen zu einem friedlichen und bewegenden Festival werden.

Erfolge wie diese spiegeln sich auch in der wachsenden Zahl der Mitglieder und Aktiven wider: erstmalig sind über 34 000 Menschen Mitglied im BUND NRW.

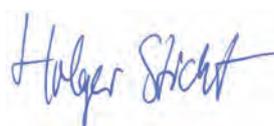
Wir machen überall im Lande vor, wie es geht: durch BUNDgruppen betreute Wälder, Wiesen und Weiden sind Blaupausen dafür, wie man mit dem Erhalt der biologischen Vielfalt eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben meistert. Und in unseren Umweltbildungseinrichtungen wird für jeden Besucher, ob Bauer, Kleingärtner oder Nachbar, erlebbar, dass das sogar Spaß macht.

Ein weiteres BUND-Markenzeichen ist seine Unabhängigkeit von Politik und Wirtschaft. Unsere finanzielle Basis sind die Mitgliedsbeiträge, auf institutionelle

Förderung und zweifelhafte Spenden verzichten wir. Wir setzen bewusst auf die Menschen, die gerne Teil der guten Sache sind.

Ich danke allen Mitgliedern, Spender*innen und Mitarbeiter*innen! Sie alle haben dafür gesorgt, dass dieser Jahresbericht wieder eine Erfolgsbilanz geworden ist.

Herzlichst, Ihr



Holger Sticht

BUND-Landesvorsitzender





Retten statt roden

Seit fast 40 Jahren kämpft der BUND politisch und juristisch gegen die Fortführung des Braunkohle-tagebaus Hambach und für den Erhalt des dortigen einzigartigen Eichen-Hainbuchenwaldes mit seinen vielen seltenen Tierarten. Der Hambacher Wald ist dabei längst zum Symbol der verfehlten Energiepolitik unseres Landes geworden. Jetzt zahlt sich die Hartnäckigkeit aus: Dank der BUND-Klagen rückt die endgültige Rettung des Hambacher Waldes näher.

Rodungsstopp in letzter Sekunde

Gleich drei Klagen führt der BUND, um die 550 Hektar wertvollen Restwaldes vor dem Tagebau zu retten. Die Klage gegen den Hauptbetriebsplan für den Tagebau brachte am 5. Oktober 2018 den Durchbruch: Das Oberverwaltungsgericht des Landes NRW stoppte die

Rodungen. Die Ereignisse zuvor sorgten weltweit für Schlagzeilen und hatten Züge eines Krimis. Was war passiert?

Nachdem der BUND bereits 2017 ein Aussetzen der Rodungen erwirkt hatte, erteilte das Land NRW am 29. März 2018 eine neue bergrechtliche Zulassung und ordnete zugleich deren sofortige Vollziehung an. Gegen die Zulassung legte der BUND Klage ein und beantragte parallel die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage. Das Verwaltungsgericht Köln wies den Antrag ab, weshalb wir unmittelbar Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht (OVG) einlegten. Derweil rückte der Beginn der Rodungssaison am 1. Oktober immer näher. Deshalb forderte das OVG den Kohlekonzern RWE auf, eine Stillhalteerklärung bis zum 14. Oktober abzulegen. Damit sollte verhindert werden, dass schon



© Links: Dirk Jansen, Bernd Lauter/Greenpeace, rechts: Adalbert Niemeyer-Lüllwitz, Dirk Jansen

vollendete Tatsachen vor einem Gerichtsentscheid geschaffen werden. RWE folgte dem, handelte aber nicht danach.

Land missachtet Gericht

Unterstützt von der Landesregierung, die unter dem abseitigen Vorwand des Brandschutzes und mit einem einzigartigen Polizei-Großaufgebot die Baumhausräumung im Wald durchsetzte, wurden Waldwege zu befestigten Pisten ausgebaut und Lichtungen in den Wald geholt. BUND-Eilanträge gegen dieses unverhältnismäßige und für den Wald schädliche Vorgehen hatten keinen Erfolg vor Gericht.

Derweil nahmen die friedlichen Proteste zu. Tausende Menschen kamen Woche für Woche in den Wald, um ihre Solidarität zu zeigen. Am 5. Oktober war der Jubel dann groß. Das Oberverwaltungsgericht gab dem BUND-Antrag statt und verhängte einen Rodungsstopp. Es müsse geklärt werden, so das Gericht, ob der Hambacher Wald wegen der Vorkommen der Bechsteinfleckermaus oder des großen Mausohrs oder des Lebensraumtyps des dortigen Waldes dem Schutzregime für „potentielle FFH-Gebiete“ unterfalle. Solange dürften keine vollendeten, nicht rückgängig zu machenden Tatsachen geschaffen werden. Die Bezirksregierung Arnsberg und die RWE Power AG hätten auch nicht belegen können, dass die sofortige Rodung im Interesse des Gemeinwohls notwendig sei, weil anderenfalls die Energieversorgung bundes- oder landesweit nicht mehr gewährleistet wäre. Damit hat sich der BUND mit seiner in vielen Schriftsätzen vorgetragenen Argumentation durchgesetzt.

Großdemo mit Hindernissen

Der Tag des Gerichtsentscheids, der 5. Oktober, war aber auch in anderer Hinsicht bemerkenswert. Gemeinsam mit campact, Greenpeace und den NaturFreunden Deutschlands hatte der BUND für den 6. Oktober eine Großkundgebung am Hambacher Wald angemeldet. RWE und die örtlichen Ordnungsbehörden setzten alles daran, diese Demonstration zu verhindern. Am späten Donnerstagabend, zwei Tage vor dem Event, erließ dann der Aachener Polizeipräsident eine Verbotsvorfügung.



Der Trägerkreis der Demo sah darin einen Angriff auf die Versammlungsfreiheit und zog vor Gericht. Am Freitagnachmittag hob das Verwaltungsgericht Aachen das Demo-Verbot dann auf. Nur aufgrund eines ungeheuren nächtlichen Kraftaktes konnte die Demo dann pünktlich am 6. Oktober beginnen. Und wie! Allen, die dabei waren, wird dieses bunte, friedliche und fröhliche Happening in Erinnerung bleiben. Mit 50.000 Teilnehmenden war dies die mit Abstand größte Demonstration aller Zeiten im Rheinischen Revier. Viele Kommentatoren sahen darin ein historisches Ereignis und einen Wendepunkt in der Geschichte. Spätestens jetzt ist der Kohle-Protest in der Mitte der Bevölkerung angekommen. Die Politik wird das nicht weiter ignorieren können.

Ob befreundeter Umweltverband, BUND-Gruppe, Bürgerinitiative, Waldspaziergänger*innen oder Spender*innen – der BUND dankt allen, die mit ihrem friedlichen Protest diesen großartigen Erfolg möglich gemacht haben.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/hambach



Grundrecht statt Bergrecht



BUND-Eigentum – Absolutes Betretungsverbot für RWE-Mitarbeiter!“ Die Botschaft des Schildes auf dem BUND-Grundstück im unmittelbaren Vorfeld des Braunkohlentagebaus Hambach ist eindeutig. Der BUND hatte die Ackerfläche – in dessen Untergrund sich ein als Bodendenkmal eingetragenes römisches Grab aus dem 2./3. Jahrhundert befindet – im Jahre 1997 erworben. Seitdem wurde das Grundstück zum Symbol des Widerstandes gegen den Tagebau und Anlaufpunkt für zahlreiche viel besuchte friedliche Aktionen. Selbst ein Landesparteitag einer im Landtag vertretenen Partei fand dort statt.

Kein Wunder, dass der „Widerstandsacker“ der RWE Power AG ein Dorn im Auge ist. Ohne dessen Inanspruchnahme gingen dem Kohlekonzern nicht nur 300 Millionen Tonnen Braunkohle verloren, nein, der Tagebau käme schlichtweg zum Stillstand. Denn eine Umfahrung des Grundstücks ist wegen des unmittelbar westlich angrenzenden Hambacher Waldes nicht möglich.

Im Frühjahr 2018 hat das Land NRW deshalb auf Antrag des Kohlemultis RWE die Zwangsenteignung des Grundstücks verfügt. Umgehend reichte der BUND eine Klage gegen die Grundabtretung an. Denn eine solcher Eingriff in das grundgesetzlich geschützte Eigentumsrecht ist selbst nach dem Bergrecht nur dann zulässig, wenn die Enteignung dem Wohle der Allgemeinheit dient. Davon aber kann keine Rede sein. Die Braunkohle ist der klimaschädlichste aller Energieträger, hat massive Auswirkungen auf die Natur und den Gewässerhaushalt und vertreibt Tausende aus ihrer Heimat. Dazu brauchen wir diese Kohle heute nicht mehr zur Sicherung der Energieversorgung.

Da ein solches Klageverfahren langwierig ist, billigte das Land NRW allerdings auch gleich die so genannte vorzeitige Besitzeinweisung. Diese „Spezialität“ des anachronistischen Bundesberggesetzes erlaubt die bergbauliche Inanspruchnahme, obwohl das eigentliche Zwangsentziehungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Auch gegen diese Behördenentscheidung zog der BUND vor Gericht.

Schon einmal hatte sich der BUND gegen die Zwangsentziehung eines Verbandsgrundstücks gewehrt – mit Erfolg. 2013 erklärte das Bundesverfassungsgericht die Grundabtretung der BUND-Obstwiese im Tagebau Garzweiler an RWE für grundgesetzwidrig.

Seit 2018 zielt ein etwa drei Meter hohes, weithin sichtbares Widerstandskreuz das BUND-Grundstück. Dessen kleinerer Vorgänger war von ruchloser Hand zerstört worden. Unter dem Motto „mit kleinem Bagger gegen große Bagger“ sicherte der BUND deshalb das Grundstück mit einem Erdwall.

i MEHR ZUM THEMA
www.bund-nrw.de/hambach_klage



Klimademo in Köln

20.000 Menschen kamen am 1. Dezember zur großen Klimademo, die der BUND mitorganisiert hatte. Zum Start der Weltklimakonferenz in Kattowitz (Polen) forderten sie einen Stopp der Kohleverstromung.





© Willi Heidelberg/pixabay

Schicht im Schacht

Am 21. Dezember 2018 schloss mit Prosper Haniel die letzte Steinkohlenzeche Deutschlands. Damit gingen mehrere hundert Jahre Bergbaugeschichte zu Ende. Doch die Ewigkeitslasten bleiben. Denn Jahrhunderte des Steinkohlenbergbaus in Nordrhein-Westfalen haben ihre unauslöschlichen Spuren hinterlassen. Offensichtlich sind die auftretenden Bergschäden, die Bergehalden sowie die Bodenabsenkungen und die damit verbundene Notwendigkeit, dauerhaft Wasser abzupumpen, damit nicht das gesamte Ruhrgebiet absäuft.

Andere Langzeitfolgen sind weniger bekannt. Jahrelang wurden zum Beispiel große Mengen giftigen Sondermülls untertägig verbracht. Auch lagern noch immer etliche tausend Tonnen Polychlorierter Biphenyle (PCB) in den alten Stollen und drohen über das gehobene Grubenwasser unser Ökosystem zu belasten. Der BUND konnte erreichen, dass seit 2018 im Rahmen eines Pilotversuchs der RAG technische Möglichkeiten zur Elimination des Ultragifts aus dem Grubenwasser erprobt werden. Unser Ziel ist es, zu erreichen, dass Grubenwasser generell nur gereinigt in die Oberflächengewässer eingeleitet werden darf.

Galt viel zu lange der Bergmanns-Spruch „vor der Hacke ist es duster“, so fordert der BUND jetzt unbedingte Transparenz. Es gilt, die Risiken zu kennen, um konkrete Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Auch das ge-

plante und schon zum Teil begonnene Ansteigen des Grubenwassers gehört wegen seiner damit verbundenen Risiken – zum Beispiel für oberflächennahe Trinkwasservorkommen – auf den öffentlichen Prüfstand und bedarf zwingend entsprechender Umweltprüfungen. Trotzdem werden wasserrechtliche Erlaubnisse im Rahmen bergrechtlicher Verfahren noch immer ohne Öffentlichkeitsbeteiligung und Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) erteilt. Auch fehlt es an einer Gesamtbilanz des bisherigen Steinkohlenbergbaus und einer Gesamt-UVP für alle Wasserprovinzen. Dagegen wendete sich die BUND-Landesdelegiertenversammlung 2018 mit einem einstimmig verabschiedeten Antrag. In Gesprächen mit der Landesregierung und der RAG wurden diese grundlegenden Forderungen vertieft.

Auch das Problem der brennenden Bergehalden war bislang eher Eingeweihten bekannt. Im Dezember 2018 veröffentlichte der BUND seine entsprechende Recherche. Die Ergebnisse sind alarmierend: Noch immer schwelen 10 Bergehalden in NRW vor sich hin und setzen schädliche Gase frei. Fazit: Das Erbe des Steinkohlenbergbaus wird uns noch ewig beschäftigen.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/rag_ewigkeitslasten

Vorrang für Klimaschutz

Etwa ein Drittel der Treibhausgasemissionen Deutschlands stammen aus Nordrhein-Westfalen. Für den Großteil davon ist die Energiewirtschaft verantwortlich. Mehr als 70 Prozent der Stromerzeugung werden dabei in Kohlekraftwerken generiert, während die erneuerbaren Energien mit einem Anteil unter 13 Prozent weiterhin ein Schattendasein fristen. Neben dem Energiesparen und der Steigerung der Energieeffizienz kommt dem naturverträglichen Ausbau der Erneuerbaren deshalb eine Schlüsselrolle bei der Energiewende zu. Doch genau dort hapert es.

Kampf für Windmühlen

Mit dem Regierungswechsel in Düsseldorf erfolgte eine Energiewende der anderen Art. Mit der Einführung von unsachgemäßen Mindestabständen für Windenergieanlagen von der Wohnbebauung und anderen Restriktionen kam der naturverträgliche Ausbau der Windenergienutzung ins Stocken. Während Braunkohlentagebaue bis 100 Meter und Großkraftwerke wie Datteln 4 bis etwa 400 Meter an die Siedlungen heranrücken dürfen, soll für neue Windräder fortan ein 1.500 m-Mindestabstand gelten. In 2018 wurden deshalb nur noch 110 Windenergieanlagen mit insgesamt 342 Megawatt Leistung gebaut. Das entspricht einem Rückgang von über 60 Prozent gegenüber 2017. Alle Interventionen des BUND blieben bislang erfolglos.

Wir werden uns aber weiterhin in Politik und Verwaltung für einen naturverträglichen Ausbau von Sonne, Wind und Co. einsetzen. Aber nicht vorbehaltlos. Unsinnige oder naturschädliche Planungen werden wir auch zukünftig zu verhindern suchen.

nige oder naturschädliche Planungen werden wir auch zukünftig zu verhindern suchen.

Kohlekraftwerke verhindern

Die BUND-Klagen gegen die ebenso überflüssigen wie umwelt- und naturschutzwidrigen Kohlekraftwerke Datteln 4 und Lünen laufen nunmehr schon seit einem Jahrzehnt. Ein schnelles Ende des juristischen Streits deutet sich derzeit nicht an. Für 2019 erwarten wir weitere Urteile. Derweil aber rückt durch die Weichenstellung der so genannten Kohle-Kommission das energiepolitische Aus der Kohlemeiler immer näher.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/energiewende

KlimaDiskurs.NRW

Vor sechs Jahren gehörte der BUND zu den Gründungsmitgliedern des KlimaDiskurs.NRW. Inzwischen hat sich der Verein nicht nur landesweit als Plattform etabliert, auf der die Stakeholder aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen und Zivilgesellschaft strittige Fragen diskutieren und gemeinsame Lösungen entwickeln. Mit hochkarätigen öffentlichen Veranstaltungen, aber auch in vertraulichen Runden arbeiten wir so gemeinsam an der Zukunft. In Zeiten des Politikversagens wird das immer wichtiger. Mit den Formaten des Brüsseler sowie des Berliner KlimaDiskurs hat der Verein seinen Wirkungsbereich erweitert. Denn so erreichen wir die Politiker*innen und Lobbyisten dort, wo die klimaschutzpolitischen Entscheidungen getroffen werden. Als „Ableger“ hat sich auch die Gebäudeallianz NRW etabliert. Sie sucht nach gemeinsamen Wegen für mehr Klimaschutz im Gebäudebereich.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/klimadiskurs



© Wintersetter/pixabay, rechts: Alexandra Kowitzke/Klimadiskurs





© Roland Lang

Umweltfreundlich mobil

Trotz Dieselskandal und Verkehrskollaps ist eine Mobilitätswende noch nicht in Sicht. So drohen wir an der Autolawine buchstäblich zu ersticken. Dabei haben wir ein Recht auf saubere Luft. Dafür kämpft der BUND. In vielen Gesprächen mit der Landesregierung, bei Landtagsanhörungen und in den Medien wirbt der BUND für die Verkehrswende.

Endlich frei durchatmen

Seit mehr als 10 Jahren werden die Grenzwerte für das gesundheitsschädliche Reizgas Stickstoffdioxid (NO₂) in zahlreichen NRW-Städten überschritten. Trotz leichter Verbesserungen in 2018 zeichnet sich keine tiefgreifende Entlastung ab. Hauptverursacher dabei sind die Diesel-Pkw. Doch die Behörden mussten erst durch die Klagen von BUND und DUH zum Handeln gezwungen werden.

Vor allem auch bei der Aufstellung der kommunalen Luftreinhaltepläne mischt der BUND munter mit. Dort entwickeln wir Maßnahmen zur Einhaltung der Grenzwerte und für mehr Lebensqualität in den Städten. Die Erweiterung des ÖPNV-Angebots und die Steigerung des Radverkehrs mit der Bereitstellung einer adäquaten Infrastruktur gehören ebenso dazu wie City-Maut-Modelle, eine stärkere Parkraumbewirtschaftung, Umwelt-

spuren und – als ultima ratio – Fahrverbote. Heftiger Gegenwind aus Handwerkskammern, IHKs und Politik ist uns dabei gewiss. Trotzdem stellen sich die Erfolge zunehmend ein. Auch unter dem Druck der Gerichte und der EU wurden vielerorts in 2018 neue Luftreinhaltepläne verabschiedet. Trotzdem ist Skepsis angesagt, ob die darin enthaltenen Maßnahmen ausreichen.

Straßenraum zurück erobern

Düsseldorf ist nach wie vor ein Hot Spot der NO₂-Belastung in NRW. Auch hier fällt den Verantwortlichen der Abschied vom Leitbild einer autogerechten Stadt schwer. Dem wollten wir nicht tatenlos zusehen. Zusammen mit unseren Verbündeten ADFC und VCD haben wir uns deshalb in einer viel beachteten Aktion den Straßenraum zurück erobert. Zusammen mit Hunderten Radler*innen haben wir kurzerhand – mitten im Berufsverkehr – die viel befahrene und deshalb hoch belastete Corneliusstraße in eine „Protected Bike Lane“ (geschützte Radspur) umgewandelt. Etliche Lokalpolitiker*innen waren mit ihrem Fahrrad mit dabei und brachten damit auch neuen Schwung in die politische Debatte.

Mit Erfolg: Auch unter diesem „Druck der Straße“ legte die Bezirksregierung Düsseldorf einen neuen Luftreinhalteplan vor. Erst nach einer Intervention des

BUND bei der Landesumweltministerin wurden dann allerdings nachträglich mehrere Umweltpuren und ein geschützter Radweg ergänzt.

Umstrittener Lückenschluss

Seit Jahrzehnten umstritten ist der Weiterbau der Autobahn A 1 durch die Eifel. Nach dem lang andauernden heftigen Widerstand des BUND legte das Landesverkehrsministerium in 2018 eine neue Planung für eine „optimierte Trasse“ für den Lückenschluss vor. Dieser sieht unter anderem eine Teil-Untertunnelung des betroffenen sensiblen Naturraumes vor. Diese Umplanung ist zwar ein Erfolg für den Naturschutz. Doch die grundlegenden Probleme bleiben. Denn nach wie vor ist der verkehrliche Bedarf für die Autobahntrasse nicht gegeben, und auf rheinland-pfälzischer Seite würde weiterhin ein FFH-Gebiet - und damit der Lebensraum von Haselhuhn, Schwarzstorch und Co. - massiv beeinträchtigt.

Im engen Schulterschluss mit den BUND-Kolleg*innen in Rheinland-Pfalz begleitet der BUND deshalb weiterhin die Planungen. Das Verkehrsministerium hat uns ein transparentes Verfahren und neue Wege der Beteiligung zugesichert - wir sind gespannt.

Rechtsstreit beendet

Der langjährige Rechtsstreit des BUND gegen das Land Nordrhein-Westfalen wegen des Neubaus der B474n (Ortsumgehung Datteln) ist beendet. Das Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig lehnte die von uns angestrebte Revision gegen das Urteil des Oberverwaltungsgerichts für das Land NRW vom 29. März 2017 ab.

Damit geht ein altes Waldgebiet verloren, und das für eine überflüssige Straße.

Der BUND sieht die Auseinandersetzung um den Dattelner Abschnitt allerdings nur als Vorgeplänkel. Die Auseinandersetzung um den noch wichtigeren südlichen Straßen-Abschnitt (Autobahnkreuz Dortmund-Nordwest bis L609 bei Waltrop) wird der BUND jetzt umso intensiver führen.

Problemfall Binnenschifffahrt

Noch immer wird die Binnenschifffahrt als die umweltfreundliche Alternative zum Güterlastverkehr auf der Straße gepriesen. Doch davon kann keine Rede sein. Nur in puncto CO₂-Emissionen hat das Schiff Vorteile. Bei der Schadstoffbelastung (Feinstaub, NO₂) schneiden die zumeist jahrzehntealten Frachter katastrophal ab. Ein erheblicher Teil der NO₂- und Feinstaub-Belastung in Düsseldorf, Duisburg oder Köln geht deshalb auf die Rheinschiffe zurück. Auch die vom BUND kritisch begleiteten Hafenausbau-Pläne wie der Reisholzer Hafen und die in Zeiten Klimawandel bedingten Niedrigwassers forcierte Sohlvertiefung des Rheins würden die Öko-Bilanz weiter verschlechtern. Der BUND fordert, dass die Binnenschifffahrt durch die Nachrüstung mit Partikelfiltern und Katalysatoren sauberer werden muss. Letztendlich aber müssen die Güterströme auf die Schiene verlagert werden.



MEHR ZUM THEMA
www.bund-nrw.de/mobilität



© Roland Lang, Archiv Dirk Jansen

Umstrittene Giftgas-Röhre

Seit vielen Jahren kämpft der BUND in engem Schulterschluss mit den örtlichen Bürgerinitiativen gegen den Bau und die Inbetriebnahme der Kohlenmonoxid-Pipeline.

Die 67 Kilometer lange Giftgas-Röhre verbindet die Chemie-Standorte Krefeld-Uerdingen und Dormagen. Obwohl die Leitung bereits 2009 fertiggestellt wurde, floss bis heute kein einziges Molekül durch die Leitung. Nach Anwohner-Klagen erklärte das Oberverwaltungsgericht Münster das Rohrleitungsgesetz, das den Bau der CO-Pipeline erst möglich gemacht hat, im August 2014 für verfassungswidrig. Trotzdem versucht die Bezirksregierung Düsseldorf, die Pipeline nachträglich durchzudrücken. Dagegen hat der BUND im Oktober 2018 eine Klage eingereicht.

Kohlenmonoxid (CO) ist ein unsichtbares Giftgas, das dazu noch geruchlos ist. So können Betroffene nicht wahrnehmen, dass sie durch das Gas „ersticken“. Da CO sich in der Luft nicht verflüchtigt, sondern bodennah ausbreitet, ist jeder Austritt des Gases eine tödliche Gefahr für Mensch und Tier. Deshalb wehrt sich eine ganze Region seit Jahren erfolgreich gegen die Inbetriebnahme der Giftgasröhre.

Mit der beim Verwaltungsgericht Düsseldorf eingereichten Klage gegen den Planänderungsbeschluss zum Plan-

feststellungsbeschluss der CO-Pipeline wollen wir die Inbetriebnahme jetzt dauerhaft stoppen.

Der Planänderungsbeschluss war von der Bezirksregierung Düsseldorf erlassen worden und sieht unter anderem die Verlegung einer zusätzlichen Schutz-Matte und Änderungen während der Bauausführung vor. Trotzdem stuft der BUND die Risiken als weiterhin unbeherrschbar ein.

Ursprünglich von Bayer Material Science beantragt und gebaut, ist inzwischen Covestro der Eigentümer der Pipeline. Bayer hatte sich in den Jahren 2007 bis 2011 bei den Bauausführungen an mehreren hundert Stellen über die Planvorgaben hinweggesetzt. Im Ergebnis wurde nicht ein Kilometer entsprechend der genehmigten Planung gebaut. Dieser "Pfusch am Bau" hat dazu beigetragen, dass Bayer im Jahr 2012 einen umfangreichen Planänderungsantrag einreichen musste. Doch trotz mehr als 24.000 Einwendungen dagegen hat die Bezirksregierung alle Abweichungen genehmigt. Neben dem BUND klagen auch betroffene Landwirte und Privatpersonen. Der Dauerstreit um die Röhre geht damit in die nächste Runde.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/co-pipeline





© Dirk Jansen

Aktiv für die Agrarwende

Fast die Hälfte der NRW-Landesfläche wird landwirtschaftlich genutzt. Das hat maßgeblichen Einfluss auf die Pflanzen- und Tierwelt, unsere Gewässer, den Boden und das Landschaftsbild. Hohe Nitratwerte belasten das Grundwasser, artenreiches Grünland geht verloren, Braunkohlentagebaue, Kiesabgrabungen am Niederrhein und Gewerbe- und Wohngebiete in fast allen Landesteilen zerstören ungebremst fruchtbare Ackerflächen, der Artenschwund ist dramatisch. In der Tierhaltung fristen vor allem Mastflügel und Schweine ein oft tristes und tierschutzwidriges Dasein.

Doch es geht auch anders: Rund 2.100 Biohöfe und -gärtnereien sowie Neulandbetriebe in NRW zeigen dies in ihrer täglichen Arbeit. Die Kund*innen kaufen mehr Biowaren als bei uns erzeugt werden, Käfigeier wurden seit ihrer Kennzeichnung zum Ladenhüter und vor allem jüngere Menschen hinterfragen den viel zu hohen

Fleischkonsum – und handeln! Ob Artenvielfalt, Tierhaltung, gentechnikfreie Lebens- und Futtermittel oder Pestizidreduktion: Der Einsatz für eine umwelt- und tierschutzgerechte Landwirtschaft ist seit jeher eines der Kernthemen des BUND in Nordrhein-Westfalen – so auch in 2018.

BUND-Aktive in Nordrhein-Westfalen organisierten zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen zu Landwirtschaft und Ernährung, wirkten in Gremien und Bündnissen mit, beteiligen sich an Hoffesten ebenso wie an Online-Kampagnen, dokumentieren Fehlentwicklungen wie auch Erfreuliches, suchten den Dialog mit Landwirten, geben konkrete Anregungen an die Stadt- und Gemeinderäte u.v.m. Ihnen allen sei herzlich für ihr großes Engagement gedankt!

Agrardemo „Wir haben es satt!“

Bereits im achten Jahr hintereinander machten wir uns auf den Weg ins winterliche Berlin. Freundlich, laut und bunt gingen wir im Januar 2018 mit mehr als 30.000 Menschen für eine umfassende Wende der Agrarpolitik, mehr Tierschutz, für saubere Gewässer, artenreiche und vielfältige Agrarlandschaften und den Erhalt bäuerlicher Betriebe auf die Straße.

Einmal mehr organisierten BUND-Gruppen im Rheinland, Münsterland und Ostwestfalen und die BUNDjugend NRW gemeinsame Fahrten mit Bus und Bahn und mobilisierten vor Ort. Diese bunte und lebendige Mischung von Bäuerinnen und Bauern mit allein 160



© Dirk Jansen

Traktoren, von Umwelt-, Tier- und Naturschützer*innen, Imkerei, Gärtenbau, Lebensmittelhandwerk, von Jung und Alt, die gemeinsam etwas ändern möchten, motiviert uns nicht nachzulassen und weiterhin Druck zu machen.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/wir_haben_es_satt

Pestizidfreie Kommunen in NRW



Was vielen Bürger*innen nicht bewusst ist: Städte und Gemeinden sind nicht nur Eigentümer von Parks, Kleingärten oder Friedhöfen, sondern auch von Wiesen, Weiden und Äckern, die sie verpachten. Sie haben es damit in der Hand: Sie können in eigener Zuständigkeit festlegen, dass ihre Landwirtschaftsflächen konsequent umweltgerecht bewirtschaftet werden.

Der BUND hat deshalb bei 61 NRW-Kommunen nachgehakt und unter anderem den Einsatz von Pestiziden erfragt. Das vorläufige Ergebnis zeigt: 72 Prozent von ihnen verpachten ihre Agrarflächen ohne jegliche Regelung oder Strategie zur Reduzierung von Pestiziden. Der BUND meint: Kommunen haben Vorbildfunktion! Sie sollten nicht tatenlos zuschauen, was auf ihren eigenen Flächen geschieht, sondern dort aktiv die Vielfalt an Pflanzen und Tieren stärken und Böden und Gewässer schützen. Etliche BUND-Gruppen wandten sich deshalb mit förmlichen Anregungen an die Stadt- und Gemeinderäte mit dem Ziel, die Verpachtung ihrer Landwirtschaftsflächen künftig an klare ökologische Kriterien zu knüpfen. Hierzu gehören der Verzicht auf Glyphosat und die Einleitung einer generellen Pestizidreduktion, eine mindestens dreigliedrige Fruchtfolge und die Anlage von Blühstreifen oder -hecken.

Das Echo hierauf war und ist bis heute groß: Medien berichten, Ausschüsse laden zu Anhörungen und Runden Tischen ein, landauf landab stoßen BUND-Gruppen lebendige Debatten an, laden zu Veranstaltungen ein. Gemeinsam ist es gelungen, ein bislang kaum beachtetes Thema massiv in die Öffentlichkeit zu tragen, ein einfaches ‚Weiter-so‘ geht nicht mehr.

Doch es gilt dicke Bretter zu bohren. Vor allem die Landwirtschaftskammern zeigen sich oft rückwärtsgerichtet und sprechen sich regelmäßig gegen den Ausschluss von Glyphosat aus. Während Städte wie Bottrop, Essen und Oberhausen zumindest Teile der BUND-Anregung beschlossen, lehnte der Rat der Stadt Beckum „ökologisch motivierte Auflagen bei der Verpachtung“ ab. Die Stadt Erwitte möchte bis zum Jahr 2022 untätig bleiben und setzt auf Freiwilligkeit; auf gärtnerisch genutzten städtischen Flächen sollen Glyphosat und Co ausdrücklich weiter eingesetzt werden. Das ist umweltpolitische Steinzeit! Auch im Jahr 2019 wird die BUND-Aktion intensiv fortgeführt.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/pestizidfrei

Glyphosat im Hausgarten

Nicht nur in der Landwirtschaft, auch im Privatbereich kommt Glyphosat zum Einsatz. Wenngleich die hier eingesetzten Mengen im Vergleich zu denen in der Landwirtschaft untergeordnet sind, ist die Gefahr von Fehlanwendungen durch Laien oder auch in verbotener Weise auf befestigten Flächen wie Garageneinfahrten und in Pflasterritzen hier besonders hoch. Alle Wildkräuter würden abgetötet und gegebenenfalls auch das Abwasser sowie angrenzende Gewässer verunreinigt. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, den Einsatz glyphosathaltiger Mittel deutlich einzuschränken und so schnell wie möglich zu beenden. Die Bundeslandwirtschaftsministerin kündigte im



Frühjahr 2018 den Stopp dieser Produkte für Privatanwender an – und blieb bis heute untätig.

Um Druck zu machen fragte der BUND 30 Gartencenter und Baumärkte im Land – bundesweit oder überregional tätige Unternehmen mit einer Vielzahl an Verkaufsstellen ebenso wie inhabergeführte lokale Gartencenter – ob sie glyphosathaltige Herbizide anbieten. Das Ergebnis: Vor allem die großen Ketten haben schon vor ein paar Jahren damit begonnen, diese Mittel erst teilweise und dann vollständig aus dem Sortiment zu nehmen. Auch einige inhabergeführte Gartencenter in NRW gehen diesen Weg. Damit übernehmen sie Verantwortung, während die Umweltpolitik noch hinterherläuft. Gleichzeitig hält jedoch ein Teil der Märkte weiterhin am Verkauf fest oder gab trotz wiederholter Bitte keinerlei Auskunft.

BUND-Fazit: Glyphosat im Haus- oder Vorgarten braucht kein Mensch! Es schädigt die Natur und gefährdet die eigene Gesundheit. Wir empfehlen allen, genau

hinschauen und glyphosathaltige Produkte zu Ladenhütern zu machen.

Kundig und meinungsfreudig

Der BUND beantwortete auch 2018 zahlreiche Anfragen von Medien, anderen Verbänden und sehr häufig auch von Bürger*innen zu diesen und vielen anderen Themen. Wir beteiligten uns mit Referent*innen an diversen Veranstaltungen und brachten unsere Positionen in Dialogrunden des NRW-Umweltministeriums, im Landestierschutzbeirat, im Begleitausschuss zum ‚NRW-Programm Ländlicher Raum‘ sowie in zahlreiche Fachgespräche ein. Seit vielen Jahren beteiligen wir uns finanziell an vorbildlichen Projekten wie dem „Märkischen Landmarkt“ und der „Upländer Bauernmolkerei“.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/agrar



BUND-Landpartie – raus in die Praxis

Der BUND führt intensiv und regelmäßig den Austausch mit der Landwirtschaft – nicht allein mit Verbänden, sondern besonders gern auch mit der Praxis, also Bäuerinnen und Bauern in NRW, die in ihren Betrieben Tiere halten, Obst und Gemüse erzeugen oder Getreide und Kartoffeln anbauen, mit ökologisch ebenso wie mit konventionell arbeitenden Landwirten. Gerade bei Themen, die häufig zu Konflikten zwischen Naturschutz, Tierschutz und Landwirtschaft führen, kann dies für alle Beteiligten bereichernd sein und Sichtweisen schärfen oder neue eröffnen. Ein Baustein dabei ist die ‚BUND-Landpartie‘, bei sich Agrar-Aktive des BUND auf Hofbesuche begeben. Mehrere BUND-Gruppen starten ihrerseits Landpartien und befördern damit vor Ort den Austausch. Unser Dank gilt allen Landwirten, bei denen wir zu Gast sein durften!

© Links: Dirk Jansen (2), pixabay, rechts: Angelika Eckel



Aktiv im Obstwiesenschutz

Streuobstwiesen mit ihren starkwüchsigen, hochstämmigen Obstbäumen und dem als Wiese oder Weide genutzten Grünland sind wertvoller Lebensraum für viele Tierarten. Vor allem Vögel, Käfer, Schmetterlinge und Kleinsäuger profitieren von dem reichhaltigen Angebot an Höhlen, Blüten und herabfallenden Früchten. Der Einsatz von Pestiziden ist hier tabu. Die vielen hundert traditionellen und altbewährten Obstsorten sind zugleich ein kostbares Kulturgut.

Doch ein Großteil der Streuobstwiesen ist in ihrem Bestand akut gefährdet. Dieser Entwicklung wirken BUND-Aktive seit vielen Jahren entgegen, so in Bochum, Dortmund, Waltrop, Schwerte, Herne, Hürth, Köln, im Rhein-Sieg-Kreis, in Aachen-Land, in den Kreisen Neuss, Düren und Coesfeld und in Lemgo. Sie legen komplett neue Obstwiesen an, pflanzen Bäume nach und pflegen die Streuobstbestände, organisieren Schnittkurse, beraten und besuchen mit kleinen Saftpressen Kindergärten und Schulen, um jungen Menschen die Vielfalt unseres heimischen Obstes näherzubrin-

gen. Die BUND-Ortsgruppe Lemgo betreibt zudem eine bundesweit beachtete Obstsortendatenbank.

Herausragend sind die ‚Apfelsaft-Projekte‘: BUND-Gruppen kaufen den Erzeugern von Streuobst ihre Früchte ab und schaffen so einen Anreiz, ihre Flächen auch weiterhin umweltgerecht zu bewirtschaften und zu erhalten. Der aus den Streuobstäpfeln gewonnene Saft wird regional vermarktet und Naturschutz und gesunde Ernährung gehen so Hand in Hand.

Wir zeigen: Naturschutz lebt vom Mitmachen.

Sie möchten auf Ihrer Obstwiese oder in Ihrem Hausgarten altbewährte Äpfel, Birnen, Süß- oder Sauerkirschen, Pflaumen, Zwetschen oder Renekloden pflanzen? Sie suchen eine Baumschule in Ihrer Nähe?



ALLE INFOS

www.bund-nrw.de/obstwiesenschutz

Vielfalt bewahren

Mehr als 43.000 Arten von Pflanzen, Tieren, Pilzen u.a. sind aus NRW bekannt. Fast die Hälfte von ihnen ist bereits gefährdet, und der Schwund der Biodiversität – der Artenvielfalt, der genetischen Vielfalt und der Vielfalt von Lebensräumen – hält weiter an. Dazu trägt auch die Politik der Landesregierung bei. Mit der Vorgabe, die Wirtschaft zu „entfesseln“ sollen positive Entwicklungen und rot-grüne Regulierungen wie das Landesjagd- und Landesnaturschutzgesetz oder der Landesentwicklungsplan zurückgeschraubt werden.

Der BUND kämpft auf allen Ebenen für die biologische Vielfalt, für artenreiche Kulturlandschaften und Orte, wo der Mensch Natur erleben kann. Doch wir mischen uns nicht nur politisch ein, sondern zeigen mit unseren Projekten auch, wie es anders geht.

Gartenschläfer gesucht

Ende Oktober 2018 war es endlich soweit: Das 2013 durch den BUND NRW initiierte Projekt rund um das rätselhafte Verschwinden des Gartenschläfers konnte offiziell starten. Im Verbundprojekt aus sieben Landesverbänden des BUND, der Justus-Liebig-Universität Gießen und der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung sollen die Ursachen des dramatischen Bestandsrückgangs erforscht werden. Das Projekt ist auf sechs Jahre angelegt.

Der Gartenschläfer ist ein europäisches Nagetier und ein wesentlicher Teil seines Verbreitungsgebietes liegt bei uns in Deutschland. In wenigen Regionen, so in Teilen Baden-Württembergs und von Rheinland-Pfalz, ist der kleine Bilch mit der „Zorro-Maske“ noch ein häufiger Gast in menschlicher Nähe. Doch in anderen Bundesländern, wo er früher auch noch häufig war, ist er inzwischen verschwunden. In NRW sind neuere Nachweise nur aus dem Raum Köln-Bonn bekannt. Ältere Meldungen gibt es auch aus den bewaldeten Bereichen von Ostwestfalen-Lippe über das Sauer- bis ins Siegerland.

Der Gartenschläfer verzeichnet somit die größten Populationseinbrüche unter allen Nagetieren Europas. Über 50 Prozent seines ursprünglichen Verbreitungsgebiets hat er in den letzten 30 Jahren verloren. Und die Ursache ist dabei völlig unklar. Deshalb begeben wir uns jetzt auf die „Spurensuche Gartenschläfer“. Besonders wohl fühlt sich der Nager in Gärten und Streuobstwiesen, aber auch in Wäldern und Blockschutthalden.

Zum Projekt gehört als erstes die Erfassung des aktuellen Vorkommens. Gleichzeitig erfolgen die Analyse der Nahrungs- und Habitatsauswahl sowie die Untersuchungen von möglichen Krankheiten und der genetischen Struktur der kleinen Bilche. Das Gute dabei: Je-



der kann uns bei der Gartenschläfersuche unterstützen! Melden Sie uns Ihre Sichtungen! Jeder Hinweis hilft, dem Gartenschläfer auf die Spur zu kommen.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/gartenschlaefer

Das Projekt wird gefördert aus Mitteln des Bundesprogramms Biologische Vielfalt und durch das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen.

Alles für die Katz

Der BUND engagiert sich seit über 30 Jahren mit verschiedenen Projekten für die Wildkatze. Die Wildkatzenpopulation wird in Deutschland auf 7.000 bis 10.000 Tiere geschätzt. Im äußersten Norden und gesamten Nordosten Deutschlands fehlt das „Wildtier des Jahres 2018“ jedoch noch immer flächendeckend.

Das „Rettungsnetz Wildkatze“, welches nun schon seit 14 Jahren im BUND fest verankert ist, ist auch in NRW mit den etwa 700 heimischen Wildkatzen ein fester Bestandteil der alltäglichen Arbeit. So werden Sichtungen registriert, Gespräche mit Tierschutzvereinen und Tierarztpraxen geführt sowie mit Forstbetrieben über mögliche Wildkatzenschutzmaßnahmen gesprochen.



Auch die Wildkatzenbotschafter*innen sind weiterhin aktiv für die scheue Waldbewohnerin. Insgesamt 56 Freiwillige engagieren sind in ganz Nordrhein-Westfalen. So wurden auch 2018 Internetseiten aufgebaut, Schulen angesprochen, Totfunde gemeldet, Spenden eingesammelt, Fotofallen aufgestellt und Lockstöcke mit Baldrian aufgebaut und kontrolliert.

Im Winter 2018/2019 wurden Lockstockuntersuchungen im Bergischen Land bei Waldbröl durchgeführt. Wir sind gespannt auf die genetischen Ergebnisse der Haaranalysen. Aber erste Hinweise und auch einige der Haarproben lassen uns hoffen, dass die Wildkatze nun auch die Region nördlich der Sieg erreicht hat.

Nun gilt es, diesen positiven Trend für die Wildkatze weiter zu erhalten – mit dem konsequenten Aufbau eines Waldbiotopverbundes. Nicht nur für die Wildkatze – sondern für alle Tierarten des Waldes, ob groß oder klein.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/wildkatze



© Thomas Stephan



© Leopold Kanzler

Auf dem Vormarsch

Er gilt als genialer Landschaftsarchitekt und fleißiger Renaturierer – der Biber. Doch nicht überall ist er willkommen. Wir wollen den Biber bei seiner Rückkehr begleiten, Lösungen für mögliche Konflikte aufzeigen und für den Biber werben.

Über unsere Homepage www.biber-nrw.de sammeln wir deshalb Biber-Sichtungen. Auf Basis der Meldungen aufmerksamen Mitbürger*innen erstellt der BUND eine eigene Verbreitungskarte. Im Unterschied zu der offiziellen Verbreitungskarte des Landes, die in der Regel nur Meldungen von den Biologischen Stationen übernimmt, erhalten wir so einen umfassenden Status der Biber-Rückkehr in unsere Gewässer.

Allein in 2018 sind etwa 200 Meldungen bei der BUND AG Biber eingegangen. Zumeist werden Bilder zur Bestimmung mitgeliefert. Alle Funde werden auf Plausibilität geprüft, denn die Verwechslungsgefahr ist groß. Etwa 60 Prozent der Meldungen sind falsch, weil der Biber in der Regel mit einer Nutria und in seltenen Fällen auch mit dem Bisam verwechselt wird. Die bestätigten Meldungen zeigen jedoch, dass der Biber weiter auf dem Vormarsch in NRW ist. Selbst im Raum Düsseldorf-Leverkusen wurde er bereits gesichtet.

Dort, wo Menschen und Biber aufeinander treffen, kann es zu Konflikten und Spannungen kommen. Um dem vorzubeugen, bilden wir gemeinsam mit der Natur und Umweltschutz-Akademie NRW Biberbotschafter*innen aus. Sie werben bei der Bevölkerung für den Biber und eine wichtige Rolle für die Artenvielfalt unserer Landschaft.



MEHR ZUM THEMA

www.biber-nrw.de



© Dirk Jansen

Eine Zukunft für die Senne

Das Jahr 2018 war ein wichtiges für die Zukunft der Senne. Die britische Armee hat trotz des Abzugs ihrer Truppen aus Deutschland eine weitere, befristete militärische Nutzung angekündigt. Und die Landesregierung legte eine Neufassung des Landesentwicklungsplanes (LEP) vor, aus dem der Nationalpark als Schutzperspektive gestrichen wurde. Der BUND führte deshalb 2018 zusammen mit den anderen Naturschutzverbänden zahlreiche Aktionen durch, die den weiteren Schutz der Senne zum Ziel hatten. Rückendeckung gab es im Juni auch von der BUND-Landesdelegiertenversammlung. Einstimmig verabschiedeten die Delegierten eine Resolution, in der die im Landtag vertretenen Parteien aufgefordert werden, einem möglichen Ausverkauf der einzigartigen Senne-Natur entgegen zu treten.



© Günther Bockwinkel

Gegen die LEP-Änderung nahm der BUND zusammen mit den anderen Naturschutzverbänden umfassende Stellung. Gemeinsam sammelten wir über 15.000 Unterschriften gegen die Streichung des Nationalpark im LEP. Rückhalt erhielten die Naturschutzverbände aus der Bevölkerung. Nach einer neuen repräsentativen Studie des Meinungsforschungsinstituts EMNID befürworten 85 Prozent der Bevölkerung in NRW die Einrichtung eines Nationalparks in der Region Senne. Diese überwältigende Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger aus NRW und der Region Ostwestfalen zu einem Nationalpark Senne ist aus Sicht des BUND ein klares Signal an die Verantwortlichen in der Politik und an die NRW-Landesregierung.

Wie wichtig eine sichere Schutzperspektive für die Senne ist, belegen die aktuellen Planungen der Militärs. Die Briten wollen den Platz weiter mit einer kleinen Einheit verwalten, aber künftig an wechselnde NATO-Truppen vermieten. Zudem sind Kosteneinsparungen bei der Geländebetreuung vorgesehen. Vermietung an fremde Truppen wird eine intensivere Nutzung zur Folge haben. Was passiert dann um Beispiel mit den sensiblen Mooren, Fließgewässern und Heiden in der Senne, wenn Einheiten mit schweren Fahrzeugen und Panzern Übungen durchführen? Die Verlängerung der militärischen Nutzung in der Senne wurde zunächst auch nur bis 2023 befristet. Was danach passiert ist offen.

Wir brauchen deshalb eine Perspektive für die Zeit nach der militärischen Nutzung. Und dass kann aus Sicht des BUND weiterhin nur ein Nationalpark sein. Das wertvollste Naturgebiet von NRW, ein „Hot-Spot“ der Artenvielfalt, muss wirksam geschützt werden.

i MEHR ZUM THEMA
www.bund-nrw.de/nationalpark-owl



Gerettete Natur

Schon 1989, drei Jahre vor Abzug der belgischen Streitkräfte, beantragte der BUND Köln (mit einigen Verbündeten), die Dellbrücker Heide unter Naturschutz zu stellen. Sehr viel ehrenamtliches Engagement war nötig, um eine Bebauung des 40 Hektar großen Areals zu verhindern. Seit 2009 ist die Heide endlich Naturschutzgebiet. Die BUND Kreisgruppe Köln betreut sie und sorgt für die Pflege der artenreichen Sandtrockenrasen, Zwergstrauchheiden und Hutewälder.

Das Naturschutzgebiet Dellbrücker Heide im Nordosten der Dom-Stadt ist ein echtes Kleinod im Naturraum Bergische Heideterrasse. Die herausragende Zahl von rund 430 Pflanzenarten kommt hier vor. Die Dellbrücker Heide ist aber vor allem ein Refugium für Arten von Sandtro-

ckenrasen und Sandginsterheiden. Egal ob Blauflügelige Ödlandschrecke, Kreuzkröte, Zauneidechse, Schwalbenschwanz, Neuntöter oder Berg-Sandglöckchen - sie alle können nur überleben, wenn dynamische Prozesse ermöglicht und die Verbuschung in Grenzen gehalten wird. Deswegen sind BUND-Mitglieder, aber auch Ziegen-, Esel- und Schafherden regelmäßig im Gelände, um diese offenen Lebensräume zu erhalten. Aber auch Öffentlichkeitsarbeit und Erholungslenkung gehören zum Aufgabenbereich des BUND Köln.



MEHR ZUM THEMA

www.dellbruecker-heide.net

Schmetterling des Jahres 2018: Der große Fuchs

Seit 2003 küren die BUND NRW Naturschutzstiftung und die Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen den „Schmetterling des Jahres“. Stellvertretend für viele andere Insekten, soll damit darauf hingewiesen werden, welche Schönheiten zu verschwinden drohen, wenn wir nicht umsteuern.

2018 fiel die Wahl auf den „Großen Fuchs“ (*Nymphalis polychloros*). Mit der Auszeichnung möchte die Stiftung auf die schlechte Überlebensprognose der Schmetterlingsart aufmerksam machen. In Deutschland steht der „Große Fuchs“ auf der Vorwarnliste der bedrohten Tiere; in Nordrhein-Westfalen ist er vom Aussterben bedroht. Hauptgrund für den Rückgang der Bestände ist das Abholzen von für die Forstwirtschaft unlukrativen Weichholzarten wie die Salweide.



© R. Manderbach,
www.deutschlands-natur.de



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/schmetterling-des-jahres

Orchideenschutz im BUND

Die Erforschung und der Schutz der heimischen Orchideenflora zählen seit 1983 zu den Aufgaben des Arbeitskreises Heimische Orchideen (AHO) im BUND NRW. Aktive pflegen Biotop, kartieren Orchideenvorkommen, bieten Exkursionen an und veröffentlichen die Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Arbeit auf Fachtagungen und in Publikationen.

Ein besonderes Highlight in 2018 war die Veröffentlichung des Buches „Die Orchideen Nordrhein-Westfalens“. Der Atlas fasst die Ergebnisse mehr als 15-jähriger Beobachtungen von Orchideenvorkommen durch 250 ehrenamtliche Helfer*innen in ganz Nordrhein-

Westfalen zusammen. Das 400 Seiten starke Werk stellt in Form von Art-Steckbriefen alle 52 seltenen Orchideenarten und -unterarten vor, die in NRW vorkommen. Alle Arten werden reich bebildert und mit Karten illustriert. Ein Muss für alle Naturfreund*innen! Das Buch gilt schon jetzt als Standardwerk.

Auch im vergangenen Jahr führten die Orchideenexpert*innen wieder zahlreiche Pflege- und Kartierungseinsätze durch. Das Orchideenjahr hatte dabei Höhen und Tiefen. Während die früh blühenden Arten noch gute Bestände aufwiesen, sind spätestens ab Mitte Juli alle übrigen Arten buchstäblich vertrocknet. Ein deutlicher Hinweis, dass der Klimawandel auch gravierende Auswirkungen auf die heimische Flora zeitigt.

Zur Orchidee des Jahres 2018 ist mit der Torfmoos-Fingerwurz (*Dactylorhiza spagnicola*) ein Spezialist gewählt worden, welcher nur in intakten, sauren und nährstoffarmen Moorstandorten zu finden ist. Moore sind in Deutschland so selten anzutreffen dass sie unter besonderem Schutz stehen. Mit der Wahl soll für die Bedeutung der Moore geworben und gleichzeitig die besondere Schutzwürdigkeit dieser Orchidee betont werden.



© Mathias Lohr



MEHR ZUM THEMA

www.aho-nrw.de



© Wikimedia/pixabay

Wölfe zurück in NRW

Der Wolf ist zurück in Nordrhein-Westfalen: in 2018 wies das Umweltministerium aufgrund des dauerhaften Aufenthalts von jeweils einem einzelnen Wolf zwei Wolfsgebiete aus: im Raum Schermbeck (Kreis Wesel) und in der Senne. Das bedeutet, dass in diesen Gebieten vorbeugende Maßnahmen zum Herdenschutz förderfähig sind.

Doch Prophylaxe muss aus BUND-Sicht weitsichtiger und niederschwelliger greifen, damit die natürliche Wiedereinwanderung des Wolfes zur Erfolgsgeschichte werden kann. So setzte sich die neu gegründete AG Wolf im BUND NRW erfolgreich dafür ein, dass die Förderrichtlinie Wolf um weitere Aufwendungen betroffener Tierhalter sowie die Kulissee, in welchen Aufwendungen förderfähig sind, erweitert wird.

Es bleibt weiterhin viel zu tun: so müssen auch vorbeugende Maßnahmen förderfähig werden, die bereits vor Antragstellung installiert worden sind. Und auf Bundesebene muss die Landwirtschaftsministerin endlich – so wie in vielen EU-Ländern längst geschehen – die Weidetierprämie einführen. Denn die Prophylaxe und die weitreichende Unterstützung betroffener Weidetierhalter sind die Schlüssel dazu, dass Konflikte weitgehend vermieden werden können und auch weiterhin die deutliche Mehrheit der Bürger*innen das Zusammenleben mit dem Wolf wiedererlernen will. Dann ist es hoffentlich nur eine Frage der Zeit, bis auch in NRW wieder Wölfe geboren werden und möglichst gefahrlos aufwachsen können.

i MEHR ZUM THEMA
www.bund-nrw.de/wolf

Vogelfreundliche Bauweise schreitet voran

Noch immer sterben Jahr für Jahr Millionen von Vögeln durch die Kollision an Glasfassaden von Häusern, Warthäuschen und sonstigen Bauwerken. Dem wirkt das – nunmehr im vierten Jahr letztmalig von der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW geförderte – BUND-Projekt „Vermeidung von Vogelschlag an transparenten und spiegelnden Bauelementen“ entgegen.

Und die Einflüsse des Projektes waren sowohl in NRW als auch darüber hinaus spürbar: Immer mehr Behörden fordern in ihren Baugenehmigungen die vogelfreundliche Bauweise mit Glas. Dies ist ein großer Erfolg, der dazu führt, dass sich die vogelfreundliche Bauweise in Zukunft mehr und mehr verstetigen wird und somit einerseits weiter in das Bewusstsein der Bevölkerung gerückt wird, andererseits auch als etwas Selbstverständliches genommen werden kann.

Diese positive Entwicklung zeigte sich besonders durch die vermehrten Beratungsanfragen von Architekt*innen, die entsprechende Bauauflagen erfüllen mussten. Des Weiteren ist auch ein Umdenken bei der Gestaltung von gläsernen Warthäuschen eingetreten: In Köln werden nun nach und nach alle Warthäuschen gestreift sein. Die ersten wurden schon bei Erneuerungen entsprechend gebaut. Auch in Leverkusen und Jüchen lassen sich positive Beispiele finden.

Auch die BUND-Fachtagung zum Vogelschlag an Glas im Juni war sehr gut besucht. 70 Fachteilnehmer*innen informierten sich zum Thema und diskutierten verschiedene Standpunkte. Nach derzeitiger rechtlicher Lage kann die vogelfreundliche Bauweise danach umfassend begründet bei Bauvorhaben gefordert werden. Dies ist sehr wichtig für die zukünftige Umsetzung und Verstetigung in der Architektur.



i MEHR ZUM THEMA
www.bund-nrw.de/vogelschlag



© Achim Baumgartner



© Judith Förster, Sigrun Zobel, Sabine Schumacher

BUND-Zentren in NRW

Sie arbeiten als Umweltbildungseinrichtungen und als Naturschutzstationen: die BUND-Zentren in Nordrhein-Westfalen.

Für BUND-Gruppen, die mit eigenen Liegenschaften und Gebäuden dauerhaft betreuungsintensive und wachsende Aufgaben übernommen haben, gibt es seit 2016 diese verbandsinterne Unterstützung und Auszeichnung. Ziel ist es, die flächenhafte Präsenz des BUND zu stärken und hierüber gesellschaftlichen Wandel zu befördern. Denn der ehrenamtliche Natur- und Umweltschutz ist der Schlüssel, wenn es beispielsweise darum geht, Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen zu implementieren oder den Schwund von biologischer Vielfalt und Artenkenntnis aufzuhalten.

Vier Gruppen haben bislang diesen erfolgreichen Weg gewählt, weitere sind in Planung.

Die BUND-Naturoase Soest pflegt und nutzt ein großes und artenreiches Gartengelände. Dieses ist als außerschulischer Lernort und „grünes Klassenzimmer“ ein beliebtes Ziel von Schulen und Kindergärten. Für Erwachsene gibt es ein umfangreiches Seminarangebot unter anderem zum ökologischen Gärtnern, zum Obstbaumschnitt und zur Botanik, außerdem die Pflanzentauschbörse.

Der BUND-Naturerlebnisgarten Herten ist bereits seit 1998 als Erfahrungsort für Umweltbildung und Bildung

für nachhaltige Entwicklung etabliert. Er besteht aus einem Seminarhaus und einem 18.000 Quadratmeter großen Außengelände. Jährlich besuchen 6.000 Kinder das Gelände mit unterschiedlichen Erfahrungsbereichen. Es gibt eine Natur- und Heilkräuterschule und außerdem seit Jahren Projekte mit Schwerpunkt „Umwelt und Migration“.

Schwerpunkt der Arbeit des BUND-Zentrum Köln ist der Erhalt der biologischen Vielfalt. Für mehr als 10 verschiedene Gebiete – von der kleinen Grünanlage bis hin zum 40 Hektar großen Naturschutzgebiet – werden Naturschutzpläne erstellt und umgesetzt, Monitoring und Umweltbildung durchgeführt. Projekte wie „BUNDte Inseln“ und „Wer hat den Spatz gesehen“ widmen sich dem Stadtnaturschutz.

Das BUND-Zentrum Rhein-Sieg betreut in zahlreichen Schutzgebieten des Kreises, zum Beispiel im Siebengebirge, Naafbachtal, in der Siegaue oder in der Quarzgrube Brenig Naturschutzflächen in der Größenordnung von insgesamt rund 300 Hektar. Auch der Betrieb des BUND-Wiesenzentrums, der Wildvogelhilfe Rhein-Sieg und des BUND-Umweltbusses zählen zum umfangreichen Aufgabengebiet.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/bund-zentren



© Uwe Weiser

Gewässer schützen

Haupatanliegen des BUND ist der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und somit auch die Erhaltung eines intakten Wasserkreislaufes. Hierfür setzen sich seit 1980 die im BUND-Landesarbeitskreis Wasser engagierten Mitglieder aktiv ein. Ihnen geht es um lebendige Gewässer und natürlichen Hochwasserschutz, sauberes Grundwasser, eine gewässerverträgliche Landwirtschaft und gesundes, unbelastetes Trinkwasser, bessere Kläranlagen sowie Vermeidung und Rückhaltung gefährlicher Industriechemikalien. Auch das Thema ‚Mikroplastik‘ hat der BUND im Blick. Zu all den Themen sind die BUND-Fachleute gefragte Gesprächspartner für Politik, Behörden und Medien.

Gefährlichen Keimen auf der Spur

Stichprobenartige Gewässeruntersuchungen des BUND in den Kreisen Borken, Viersen und im Rhein-Sieg-Kreis enthüllten 2018 die weite Verbreitung potenziell gefährlicher Keime in unserer Umwelt.

Der BUND hatte von seinen Gewässerschutzexperten verschiedene Proben aus Bächen und Flüssen nehmen und von der Ruhruniversität Bochum auf multiresistente Keime untersuchen lassen. Das erschreckende Ergebnis: In allen Fällen gelang der Nachweis dieser gefährlichen Erreger. Die höchst belastete Probe wies Keime auf, die gegen 12 Antibiotika resistent sind.

Die Ursachen der Befunde sind eindeutig. Die Probenahmestellen lagen überwiegend in der Nähe von Ma-

stanlagen für Schweine, Kälber oder Geflügel. Auch der Einfluss einer Kläranlage und einem daran angeschlossenen Krankenhaus war nachweisbar. Die Ergebnisse sprechen jedenfalls dafür, dass offenbar ein flächendeckendes Problem besteht.

Vor allem die Intensivlandwirtschaft mit ihren hohen Besatzdichten an Schweinen und dem immer noch zu hohen Einsatz von Antibiotika bleibt ein Sorgenkind. Die BUND-Proben im Kreis Borken wiesen sogar darauf hin, dass Reserveantibiotika wie Piperacillin oder Imipenem in der Tierhaltung eingesetzt wurden oder werden. In die Gewässer gelangen diese Keime wohl im Wesentlichen über die Gülleausbringung auf die angrenzenden Flächen.

Angesichts von fast 15.000 Toten jährlich in Deutschland durch nicht mehr behandelbare Infektionen und die sich abzeichnende Resistenz auch der letzten Reserve-Antibiotika forderte der BUND die Politik auf, endlich den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung zu reduzieren. Die Landesregierung forderte der BUND auf, ihre zögerliche Haltung aufgeben und sofort ein umfassendes landesweites Untersuchungsprogramm zu starten.



MEHR ZUM THEMA
www.bund-nrw.de/wasser

Wassernetz weiter aktiv

Zusammen mit NABU und LNU arbeitet der BUND mit finanzieller Unterstützung des NRW-Umweltministeriums im Rahmen des Projektes „Wassernetz NRW“ seit 2004 für den Gewässerschutz. Hintergrund sind die verpflichtenden Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) sowie ihrer Tochterrichtlinien. Im Jahr 2018 konnten 39 Beratungen ehrenamtlicher Gruppen vor Ort durchgeführt werden. Bei den Terminen wurden die Teilnehmenden über die aktuelle WRRL-Umsetzung in NRW, über Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort sowie über Informationsquellen und Ansprechpartner*innen für weitere Auskünfte zur Thematik am Beispiel konkreter Gewässer informiert. Ziel ist es stets, durch Kontaktaufnahme mit den zuständigen Behörden, Wasserverbänden und Grundstückeigentümern am Gewässer Widerstände abzubauen und den Gewässerschutz gemeinsam voranzubringen.

Auch der so genannte „Fitness Check“ – eine in 2018 gestartete umfassende Evaluierung der EU-Wasserrahmenrichtlinie – wurde vom Wassernetz mit Stellungnah-

men und Diskussionsbeiträgen begleitet. Damit konnten Bestrebungen, die Regelungen zum Gewässerschutz aufzuweichen, verhindert werden.

Im Rahmen einer Fachtagung wurden zudem die Gewässerschutz-Defizite aufgearbeitet. Denn auch in NRW läuft die Umsetzung der WRRL viel zu schleppend. Zwar hat die Zahl von Renaturierungsprojekten zugenommen, doch mangelt es noch immer an der Qualität der Flächenbereitstellung. Verbliebene Auen und Überschwemmungsgebiete werden zudem noch immer bebaut und erforderliche Entwicklungskorridore missachtet.



i MEHR ZUM THEMA
www.wassernetz-nrw.de

BUND-Projekt „Bielefelder Bäche“ bringt Menschen an den Bach

70 Bachläufe gibt es im Stadtgebiet von Bielefeld, und viele von Ihnen sind noch lange nicht in dem von der EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) geforderten guten ökologischen Zustand. Deshalb setzt sich die BUND-Kreisgruppe Bielefeld – mit Unterstützung des Wassernetzes NRW – mit dem Projekt „Bielefelder Bäche“ für eine naturnahe Verbesserung ein. Neben praktischen Aktionen an den Bächen steht dabei besonders Öffentlichkeitsarbeit im Mittelpunkt. Das sieht auch die WRRL vor. So wurde der Gellershagener Bach im Bielefelder Westen von Abflusshindernissen und Gartenabfällen befreit. Mit einer 2018 aufgestellten Tafel informiert der BUND jetzt Spaziergänger über dieses Projekt. BUND-Veranstaltungen bringen zudem Menschen an die Bäche. Es geht darum, auf die ökologische Bedeutung hinzuweisen und über notwendige Schutzmaßnahmen zu informieren.

So folgten im April 2018 über 40 Radler*innen der Einladung des BUND Bielefeld zu einer Früh-

lings-Radtour „Bäche rund um Ummeln und Quelle“. Nach dem Start an der Lutter-Quelle ging es unter anderem zum Tüterbach, Sunderbach, Grippenbach, Trüggelbach, Reiherbach und Lichtebach. Die Bäche überraschten teilweise mit Mäandern, Kolken und naturnahen Auenbereichen. Sie sind teilweise Lebensraum für den Eisvogel. Aber auch die Problemzonen waren Thema: Die A 33 hat mehrere Bachtäler zerschnitten. Die geplante Südumgehung Ummeln bedroht weitere Teile der Bielefelder Bächellandschaft. Viele Abflusshindernisse behindern zudem die „Durchgängigkeit“. Damit die Bäche nicht weiter zerstört bzw. sich stärker naturnah entwickeln können, bleibt noch viel zu tun.

i MEHR ZUM THEMA
www.bielefelder-baeche.de





Naturschutztage am Rhein

Zum vierten Mal fanden Anfang September 2018 die „Naturschutztage am Rhein“ statt. 2014 vom BUND-Landesarbeitskreis Wasser initiiert, haben sich die Naturschutztage mittlerweile fest etabliert. Dieses Jahr waren die Expert*innen zu Gast beim Bundesamt für Naturschutz in Bonn.

Hochkarätig besetzt und eingebettet in das Forum der großen Deutschen Umweltverbände zur Umsetzung der europäischen Wasserrahmen-Richtlinie (WRRL) gab es interessante Vorträge und intensive Debatten darüber, wie und ob der „gute ökologische und chemische Zustand der Gewässer und des Grundwassers“ bis spätestens 2027 erreicht wird. Offensichtlich reichen die bisherigen Anstrengungen nicht, da waren sich die Gewässerschützer*innen einig: Mehr Geld und mehr Personal, aber auch öffentlicher Druck auf Politiker und Verwaltungen auf allen Ebenen sei erforderlich. Übereinstimmung bestand vor allem darin, dass die strengen Ziele und der Zeithorizont der WRRL beim anstehenden „Fitness Check“ der EU nicht aufgeweicht werden dürfen.



MEHR ZUM THEMA

www.naturschutztageamrhein.de

Stress für den „Vater Rhein“

Der Hitzesommer 2018 hat unseren Gewässern – auch dem Rhein – schwer zugesetzt. Dabei war das nur ein kleiner Vorgeschmack auf die zukünftigen Szenarien. Schuld ist der Klimawandel. Doch die Behörden handeln zu zögerlich.

Im Sommer schlug der BUND Alarm: Woche für Woche stiegen die Temperaturen in unseren Gewässern an, und im Rhein wurde die kritische Schwelle von 28 Grad Celsius erreicht und zum Teil sogar überschritten. Spätestens ab dieser Temperatur treten ernste Schädigungen der Gewässerbiologie auf, wobei es besonders kritisch für Wanderfischarten wie Lachs und Maifisch wird. In zahlreichen kleineren Gewässern kam es in der Folge zu veheerenden Fischsterben.

Verschärft wird das Problem durch zusätzliche Wärmefrachten. Entlang der 226 Flusskilometer der nordrhein-westfälischen Rheinstrecke liegen zahlreiche Betriebe, die mit ihren Kühlwassereinleitungen für zusätzliche Belastungen sorgen. Wird das kritische Temperaturniveau überschritten, müssten eigentlich die Managementpläne zum Stopp zusätzlicher Wärmefrachten greifen. Doch das bleibt dank großzügiger Ausnahmeregelungen die Ausnahme. Ein Unding, findet der BUND.

Handeln tut Not. Wir werden das Thema weiter begleiten – denn der nächste Hitzesommer kommt bestimmt.



© Dirk Jansen

Anwalt der Natur

Als einem nach dem Landesnaturschutzgesetz anerkanntem Naturschutzverband stehen dem BUND in Nordrhein-Westfalen bestimmte Beteiligungsrechte zu, die andere Vereine nicht haben. In vielen Planungs- und Zulassungsverfahren können BUND-Aktive deshalb ihre Kritik vorbringen, Verbesserungsvorschläge einbringen oder Alternativen vorschlagen. Im letzten Jahr fielen in NRW etwa 1.000 beteiligungspflichtige Verfahren an – vom Gewässereingriff, über Straßenbaumaßnahmen bis hin zur Zulassung von Braunkohlentagebauen. In allen Kreisen wühlen sich deshalb BUND-Aktive durch Genehmigungsanträge, speisen ihr Fachwissen ein, und helfen, unnötige Eingriffe in Natur und Landschaft zu vermeiden.

Alle diese Verfahren koordiniert seit 1982 das Landesbüro der Naturschutzverbände in Oberhausen, das wir gemeinsam mit den Naturschutzvereinen LNU und NABU betreiben. Auch für alle Behörden ist das Landesbüro der zentrale Ansprechpartner. Dabei kommt der Einrichtung eine herausragende Bündelungsfunktion zu. So nimmt das Landesbüro im Auftrag der Naturschutzverbände Verfahrensunterlagen entgegen und gewährleistet eine zügige Weiterleitung der Unterlagen und Informationen an die von den Verbänden bevollmächtigten Vertreterinnen und Vertreter in den Kreisen und kreisfreien Städten. Dazu koordiniert das Büro die Stellungnahmen der örtliche Verbändevertreter*innen und leitet sie zurück an die Behörden. So ist eine schnelle und effektive Verbände-beteiligung garantiert.

Doch die Verbände-beteiligung bleibe ein „stumpfes Schwert“, wenn trotzdem rechtswidrige Genehmigungen erteilt würden, ohne dass diese gerichtlich überprüfbar wären. Deshalb steht den anerkannten Naturschutzvereinigungen seit dem Jahr 2001 die naturschutzrechtliche Verbandsklage zur Verfügung, seit 2006 ergänzt flankiert durch die Rechtsschutzmöglichkeiten nach dem Umweltrechtsbehelfsgesetz. Damit kann auch der BUND gegen bestimmte Zulassungsent-

scheidungen die so genannte Verbandsklage erheben. Ohne eine direkte Betroffenheit nachweisen zu müssen, kann der BUND als „Anwalt der Natur“ auftreten.

Besonnener Umgang mit Verbandsklagen

Von dieser Klage-Möglichkeit macht der BUND sehr zurückhaltend und bewusst Gebrauch. Zu der von einigen Interessenvertretern befürchteten Klageflut kam es nie.

Dass der Weg durch die Instanzen sehr lang ist, zeigen die vom BUND seit vielen Jahren geführten juristischen Auseinandersetzungen gegen die Kohlekraftwerke Datteln 4 und Lünen sowie gegen den Braunkohlentagebau Hambach. In 2018 wehrte sich der BUND zudem gegen die im Zuge der unverhältnismäßigen Baumhaus-Räumung im Hambacher Wald verursachten Umweltschäden und die vom Land zugunsten der RWE Power AG verfügte Zwangsenteignung eines BUND-Grundstücks.

Neben diesen auch landespolitisch hoch bedeutsamen Verfahren führt der BUND aber auch Klagen gegen besonders krasse – aber leider schon fast alltägliche – Fälle von Behördenversagen. In 2018 legte der BUND Klage gegen eine vom Rhein-Sieg-Kreis erteilte Ausnahmeerlaubnis vom Landschaftsplan zur Nutzung eines Waldgebiets für einen Kletterwald ein und ging gegen die CO-Pipeline vor. Weitere neue Klagen richteten sich gegen die Kapazitätserweiterung eines Müllofens in Herne und die Beseitigung einer Allee in Dülmen. Auch gingen wir gegen die wasserrechtlichen Erlaubnis zur Versickerung stark belasteter Niederschlagswässer einer Tierhaltungsanlage im Kreis Viersen vor.

 **ALLE INFOS ZU DEN KLAGEN**
www.bund-nrw.de/verbandsklagen



Mitmachverband BUND

Umwelt- und Naturschutz leben vom Mitmachen. Ob für kurze Zeit, über viele Jahre hinweg, daheim im Münsterland, Ruhrgebiet, Siegerland oder anderswo in NRW, direkt vor der eigenen Haustür oder auf Landesebene: Gemeinsam mit anderen etwas anzustoßen, sich einzumischen, und versuchen, Dinge zum Besseren zu verändern, ist oft eine erfüllende Aufgabe. Ehrenamtlich, meinungsfreudig, politisch unabhängig und oft mit großer Beharrlichkeit leisten BUND-Aktive Tag für Tag einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Umwelt.

All denen, die im Jahr 2018 hieran mitgewirkt haben, gilt unser großer Dank!

Sie haben kein Talent? Das glauben wir nicht!

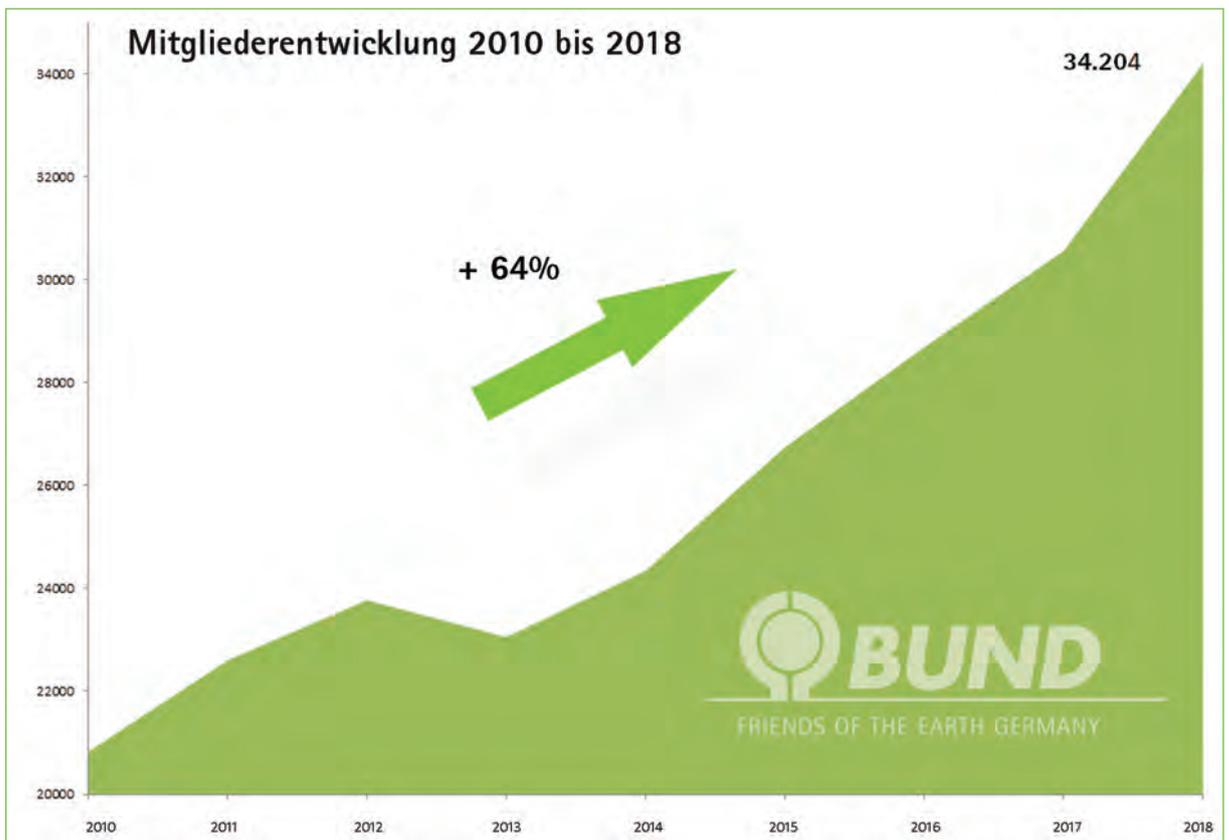
Fast jede*r kann etwas zum Gelingen beitragen: Mit handwerklich-praktischem Geschick, mit Freude an griffigen Formulierungen beim Schreiben von Pressemitteilungen, Faltblättern oder Newslettern, als Webmaster*in, Exkursionsführer*in, Kassenwart*in, mit einem guten organisatorischen Händchen, mit Orts-

kenntnissen, Fachwissen und fundierten Stellungnahmen, bei der Leitung von Kinder- und Jugendgruppen oder der Vorbereitung markanter Aktionen, im persönlichen Gespräch am Info-Stand und in anderer Weise. Bei uns sind viele Talente willkommen.

Unterstützung und Fortbildung für BUND-Aktive

Wer im BUND NRW aktiv ist, erhält tatkräftige Unterstützung von Landesverband und Arbeitskreisen, BUND-Expert*innen und unserem Bundesverband. Auch Aktive in anderen BUND-Gruppen und die BUNDjugend sind jederzeit ansprechbar und stehen mit Tipps und Erfahrungen beiseite.

Darüber hinaus können Ehrenamtliche im BUND kostenlos an unseren internen Fortbildungen und Austauschtreffen teilnehmen. Zusammen mit anderen Aktiven erlernen sie hierbei viel Nützliches und Praktisches, tauschen gute Ideen und Erfahrungen aus, knüpfen Kontakte und lernen so durch ihr Engagement vieles Neues kennen. Das aktuelle Programm gibt es unter www.bund-nrw.de/aktivenqualifizierung.



Mitentscheiden im BUND

Welche Themen gehen wir konkret vor Ort an? Das entscheiden die BUNDler*innen in unseren Gruppen völlig eigenständig und basisdemokratisch in ihren Mitgliederversammlungen und bei Aktiven-Treffen. Gleiches gilt für unsere Arbeitskreise, Projekte und Netzwerke, in denen sich Interessierte überregional zusammenschließen. Ob Landwirtschaft, Baumschutz, Verkehrspolitik oder Schutz unserer Bäche: Sie entwickeln gemeinsam Positionen, Strategien und Aktionen, planen die nächsten Schritte und entscheiden demokratisch hierüber.

Jüngere Menschen finden sich in der BUNDjugend NRW zusammen, die ebenfalls eigenständig arbeitet, gemeinsam Ideen schmiedet und mit einem großen Angebot an Projekten, Aktionen, Workshops, Camps und Freizeiten, Kinder und Jugendliche an den Umwelt- und Naturschutz heranführt und ihnen Raum für eigenes Engagement bietet (s.S. 32).

Auf diese Weise ist über die Jahre hinweg ein starkes und schlagkräftiges Netzwerk gewachsen – ganz wesentlich ermöglicht durch unsere aktuell mehr als 34.200 Mitglieder in Nordrhein-Westfalen und viele weitere, die unsere Arbeit mit ihren Spenden unterstützen und unsere Unabhängigkeit bewahren.

Der BUND ist sicherlich auch in Ihrer Nähe. Machen Sie mit?

i MEHR ZUM THEMA
www.bund-nrw.de/der-bund-nrw

Bundesfreiwilligendienst im BUND NRW

Zeit für Natur und Umwelt und ebenso Zeit, für sich selbst Neues kennenzulernen und auszuprobieren – der Bundesfreiwilligendienst (BFD) ist für alle ein Gewinn. Im BFD beim BUND werden Jung und Alt für den Umwelt- und Naturschutz aktiv und unterstützen die BUND-Gruppen in vielfältiger Weise.



Der Freiwilligendienst dauert je nach Absprache sechs bis 18 Monate. Die Freiwilligen erhalten für ihren Einsatz ein Taschengeld und nehmen kostenlos an vielerlei Qualifizierungen teil. Ihre Aktivitäten sind vielfältig: sie unterstützen ihre Einsatzstellen um Beispiel in der Eventplanung und Öffentlichkeitsarbeit, bei der Anlage von Streuobstwiesen, der Betreuung von Amphibienschutzzäunen und der Pflege verletzter und verwaiseter Wildvögel, in der Büroarbeit wie in der Umweltbildung. Ganz nebenbei erfahren sie auf diese Weise viel über die heimische Natur. Koordiniert und unterstützt wird der Freiwilligendienst von der BFD-Regionalstelle Nord-West, die in der Geschäftsstelle der BUNDjugend NRW in Soest ansässig ist.

i MEHR NFOS
www.bundjugend-nrw.de/projekt/bfd-regionalstelle-nord-west



Unsere Finanzen

Politische Unabhängigkeit setzt finanzielle Unabhängigkeit voraus. Die klare politische Linie des BUND in Nordrhein-Westfalen ist nur möglich, weil der Landesverband keine institutionelle Förderung erhält, im Kernbereich keine Projektmittel einsetzt und auf zweifelhafte Spenden verzichtet. Lediglich das in der Rechtsform einer GbR organisierte und damit selbstständige Landesbüro der Naturschutzverbände in Oberhausen - Träger der GbR sind neben dem BUND die LNU und der NABU - erhält regelmäßige direkte Zuweisungen aus dem Landeshaushalt hauptsächlich für die Koordination der Stellungnahmen bei Beteiligungsverfahren.

Woher kommen die BUND-Mittel?

Die wichtigsten und verlässlichsten Einnahmen des BUND-Landesverbands NRW sind mit einer Summe von insgesamt rund 1.005.450 Euro die Beiträge der etwas mehr als 34.000 Mitglieder in NRW. Dies ist die zentrale Basis für unabhängige zukunftsorientierte Natur- und Umweltschutzarbeit auf hohem fachlichem Niveau, kontinuierliche qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit und die Realisierung innovativer Projekte.

Hinzu kommen Spenden in Höhe von etwa 188.450 Euro, die zumeist zweckgebunden für bestimmte Projekte eingehen sowie Erbschaften und Vermächnisse von rund 29.380 Euro. Die Summe der Erbschaften und Vermächnisse schwankt von Jahr zu Jahr naturgemäß

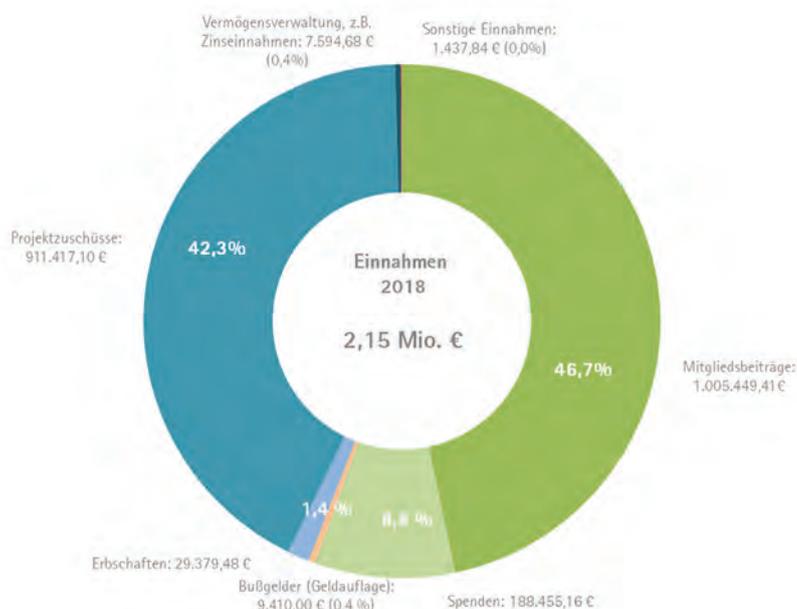
deutlich. Weitere Einnahmen resultieren aus Geldauflagen (Bußgelder).

Die Projektzuschüsse stammen im Wesentlichen aus Förderungen, die der BUND NRW für seine landesweiten Projekte „Wassernetz NRW“, das Projekt zum flächenbezogenen Naturschutz sowie eine große Anzahl von dezentralen Projekten der Kreis- und Ortsgruppen beantragt und erhalten hat. Förderinstitutionen für Natur- und Umweltschutzprojekte waren das NRW-Umweltministerium, die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen, die NRW-Stiftung, die Natur- und Umweltschutzakademie NRW (NUA) sowie verschiedene andere Stiftungen und Organisationen.

Die Einnahmen aus Vermögensverwaltung sind überwiegend Zinseinnahmen, zum Beispiel aus der Beteiligung an Fotovoltaikanlagen. Gemeinsam mit seinen Kreisgruppen legt der Landesverband seine Mittel zu einem Teil in Form von Beteiligungen an Modellprojekten (Upländer Bauernmolkerei, Märkischer Landmarkt oder der internationalen Genossenschaft fairPlanet) an und unterstützt damit diese Projekte.

Wofür der BUND seine Mittel einsetzt

Ungefähr 1.085.580 Euro fließen unmittelbar in Natur- und Umweltschutzprojekte, Fach- und Lobbyarbeit, Aktionen oder Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Hinzu kamen weitere rund 243.840 Euro, die an die BUND-



gruppen, BUNDzentren und BUNDjugend NRW weitergeleitet und dann ebenfalls für umweltpolitische Arbeiten und Naturschutzprojekte vor Ort eingesetzt wurden. Zusammen sind das 61,7 Prozent der Gesamtausgaben des BUND NRW, die unmittelbar Natur und Umwelt zugutekommen.

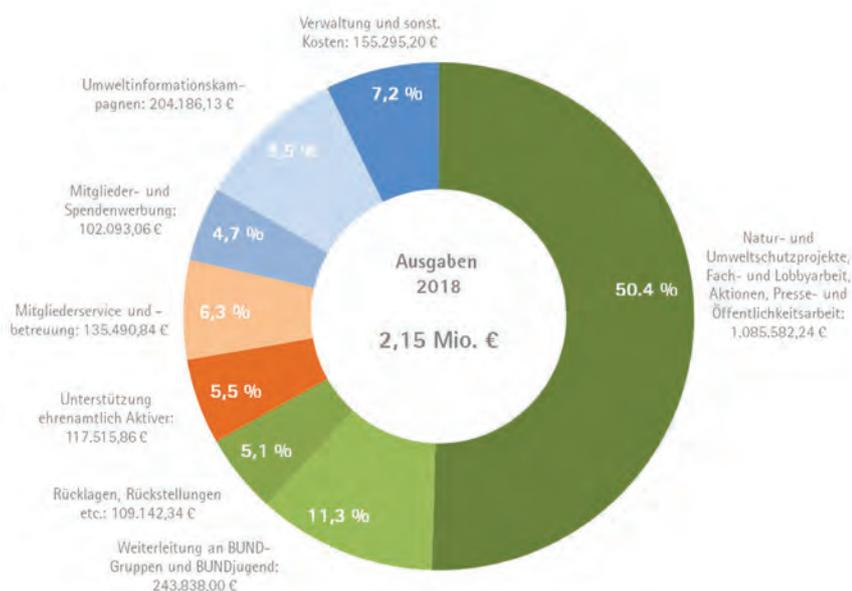
Die Unterstützung und Betreuung der zahlreichen ehrenamtlichen Aktiven bei ihren Projekten und Aktivitäten sowie der ehrenamtlichen Gremien, in denen ein Großteil der Facharbeit des Verbandes stattfindet, schlug mit insgesamt etwa 17.520 Euro zu Buche.

Bei den Ausgaben für den Mitgliederservice handelt es sich überwiegend um die Erstellung und den Versand der Mitgliederzeitschrift ‚BUNDmagazin‘ inklusive des

vierteljährlich erscheinenden Einhefters mit speziellen Informationen aus Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommt die Beantwortung vieler fachlicher Anfragen aus der Mitgliedschaft zu diversen Umweltthemen. Für den Mitgliederservice gab der Landesverband rund 135.490 Euro aus.

Für Umweltinformationskampagnen setzte der Landesverband etwa 204.190 Euro, für Spenden- und Mitgliederwerbung rund 102.090 Euro ein. Die Rückstellungen und Rücklagen wurden um etwa 109.140 Euro erhöht werden.

Die Kosten für Verwaltung und sonstige Kosten lagen bei etwa 7,2 Prozent.



BUND-Stiftung rettet Natur

Im März 2002 rief der BUND NRW anlässlich seines 25-jährigen Bestehens die BUND NRW Naturschutzstiftung ins Leben. Mit dieser Stiftung wollen wir nachhaltig wirksamen Natur- und Umweltschutz noch tiefer verwurzeln und unser einmaliges Naturerbe in Nordrhein-Westfalen bewahren.

Wichtigstes Projekt der Stiftung ist bislang die jährliche Auswahl des „Schmetterlings des Jahres“ (s. S. 21). Daneben unterstützt die BUND NRW Naturschutzstiftung die Wiederansiedlung des Weißstorchs in der Siegaue, sichert wichtige „Fledermausbunker“ in der Eifel und rettet durch Kauf wichtige Naturflächen.

In 2018 konnten mit Förderung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER), der Postcode-Lotterie und der NRW-Stiftung weitere sechs Hektar Fläche für das

BUND-Projekt „Obstblütenlandschaft Botzdorf“ in Roisdorf/Brenig im Rhein-Sieg-Kreis gesichert werden. In Roetgen kaufte die BUND NRW Naturschutzstiftung mit Förderung der HIT-Stiftung und der Stöckmann-Stiftung eine Feuchtwiese; in Solingen erwarb die Stiftung mit Förderung der Bezirksregierung Düsseldorf (FÖNA) einen lichten Erlenwald mit zwei großen Teichen.



Neben anderen kleinen Projekten unterstützte die BUND NRW Naturschutzstiftung die BUND Kreisgruppe Hochsauerlandkreis beim Bau einer Freiflugvoliere für deren Fledermausstation.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/bund-nrw-naturschutzstiftung

Es geht um
unsere Zukunft...



... und die nehmen wir, die BUNDjugend, selbst in die Hand! Wir glauben an eine Zukunft, die wir durch unseren Einsatz, durch unsere Kampagnen, Aktionen und Projekte mitgestalten und verändern können! Wir setzen uns ein für Themen wie gesunde Ernährung, Klimaschutz, 100 Prozent Erneuerbare Energien, für eine gerechte Globalisierung und ein solidarisches Miteinander.

MaStaMo-Netzwerk

MaStaMo, das heißt „machen statt motzen“ und ist das Motto eines von der BUNDjugend begleiteten Netzwerks in dem rund 20 junge Menschen aktiv sind. Ziel des Netzwerks ist es, konstruktive Wege zu erforschen, um die Gesellschaft mit zu gestalten und politisch aktiv zu werden. Fragen wie „In welcher Welt wollen wir leben?“, werden auf den Veranstaltungen des Netzwerks bewegt und ermöglichen einen Zukunfts- und Visionsprozess, der junge Menschen ermutigt, sich mit den besonderen Herausforderungen dieser Zeit zu befassen.

Auf dem großen Skill-Sharing-Camp „MaStaMo – machen statt motzen!“ im Frühling 2018 wurden mit rund 130 Besucher*innen nicht nur Fragen bewegt, sondern auch praktisch Alternativen ausprobiert und Antworten gesucht. Jugendliche bekamen hier die Möglichkeit selber Workshops zu gestalten und so zu teilen was sie begeistert, was ihnen in der Welt wichtig ist. Auch nach dem Camp wurden durch das Netzwerk in Zusammenarbeit mit der BUNDjugend eine Reihe von Workshops auf die Beine gestellt, die auf dem Camp präsenste Themen weiter vertieften und den Camp-Teilnehmenden diverse Angebote machten, nachhaltig aktiv zu sein.

Einfach ganz ANDERS – Werde Weltbürger*in!

Weltbürger*in werden, das heißt für uns die Welt positiv verändern zu wollen – hin zu einer Welt, in der die Menschen achtsam miteinander umgehen und nachhaltiges Handeln, globale Gerechtigkeit, Fair-

ness und Respekt bedeutsame und gelebte Werte sind. In dem von der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW geförderten Projekt „Einfach ganz ANDERS – Werde Weltbürger*in!“ bringen wir als BUNDjugend NRW gemeinsam mit dem Eine Welt Netz NRW die Themen Gesellschaft gestalten und Klimaflucht an Schulen, damit Schüler*innen und Lehrer*innen sich mit den für unsere Gesellschaft wichtigen Themen auseinandersetzen.

In dem Projekttag „Wir machen uns die Welt, wie sie uns gefällt!“ spinnen die Teilnehmer*innen ihre Traumwelt von morgen und überlegen, was sie selbst tun können und darauf hinzuwirken.

Der Projekttag „Wenn es zu heiß wird – dem Fluchtgrund Klima auf der Spur!“ nimmt in den Blick, inwiefern der Klimawandel Menschen dazu veranlasst ihre Heimat zu verlassen, was wir damit zu tun haben und dagegen aktiv zu werden. Basierend auf den Bildungsangeboten können sich Multiplikator*innen bei unserer Fortbildungsreihe mit den Themen auseinandersetzen und die Methoden dazu trainieren. In den dazu entwickelten Aktionsheften, die bei uns bestellt werden können, sind die Projektstage sowie weitere Methoden- und Aktionsideen aufbereitet.

Du kannst etwas bewegen...

...und die BUNDjugend bietet dir eine ideale Umgebung für den Einstieg. Bei uns kannst du auch ohne Vorerfahrungen ganz einfach aktiv werden. Egal, ob du kreativ oder praktisch arbeiten willst, Mitmenschen wach rütteln oder Kinder für die Natur begeistern möchtest, ob du viel oder wenig Zeit hast – wir fördern dein Engagement und zeigen dir Möglichkeiten, wie du bei uns mitmachen kannst!

 MEHR ZUR BUNDjugend
www.bundjugend-nrw.de





Herzlichen Dank

Zahlreiche Spenderinnen und Spender haben uns im vergangenen Jahr unterstützt – neben den vielen bundesweit ehrenamtlich Aktiven, die unsere Projekte mit viel Herzblut begleiten und voranbringen.

Diese Hilfe ermöglicht es uns, unabhängig, nachhaltig und kontinuierlich für den Natur- und Umweltschutz einzutreten.

Dankbar sind wir auch all jenen, die den BUND NRW mit einer Erbschaft oder einem Vermächtnis bedacht haben.

Ihr Vertrauen und Ihre Spenden sind die Voraussetzung für unsere Erfolge. Bitte helfen Sie uns auch weiterhin!



MEHR ZU SPENDEN
www.bund-nrw.de/spenden

IMPRESSUM

Herausgeber:

Bund für Umwelt
und Naturschutz Deutschland
Landesverband
Nordrhein-Westfalen e.V.
Merowingerstr. 88
40225 Düsseldorf
Tel.: 0211/302005-0
Fax: -26,
e-Mail: bund.nrw@bund.net

V.i.S.d.P.:

Holger Sticht,
Landesvorsitzender

Redaktion & Layout:

Dirk Jansen

Herzlichen Dank an alle in
Verband und in der
Landesgeschäftsstelle für die
wertvolle Mitarbeit an
diesem Jahresbericht.

BUND-Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft
GmbH Köln
IBAN: DE26 3702 05000008204700
BIC: BFSWDE33XXX

Druck: TIAMAT, Düsseldorf

Nachdruck oder sonstige
Verwertung nur mit
Genehmigung des
BUND NRW e.V.

Der BUND im Internet:

www.bund-nrw.de

Düsseldorf, April 2019



Mehr Infos: www.bund-nrw.de